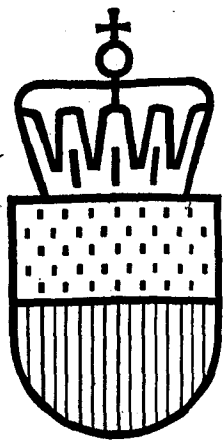


Liechtensteiner Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan



des Fürstentums Liechtenstein

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Postamtlich bestellt: jährlich Fr. 33.—, halbjährlich Fr. 16.50. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Telefon 075/221 43, Postcheckkonto IX 2988 SG. Redaktion: Vaduz, Telefon 075/213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan FL.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
 Inland 9 Rp. 23 Rp.
 Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 11 Rp. 25 Rp.
 Schweiz 12 Rp. 27 Rp.
 Uebrigtes Ausland 14 Rp. 31 Rp.
 Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG. St. Gallen, Telefon 071/22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Mittwoch, 21. März 1962

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

96. Jahrgang — Nr. 45

Für unsere Jugend und ihre Zukunft

Steuervergünstigung für werktätig Studierende und für Lehrlinge. Weiterer Ausbau des Abend-Technikums. Weitere Verbesserung des allgemeinen Schul- und Ausbildungswesens. Förderung aller Sportzweige und sinnvoller Freizeitgestaltung.

Einer der Hauptpunkte des letzten Arbeitsprogrammes der Fortschrittlichen Bürgerpartei lautete:

Erhöhung der staatlichen Stipendien für Lehrlinge u. Studierende aller selbständigen und unselbständigen Berufsgruppen, insbesondere des gewerblichen Nachwuchses und auch für auswärtige Schüler unserer Realschulen.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei hat diesen Programmpunkt mit dem Entwurf eines umfassenden Förderungsgesetzes erfüllt, das bereits seine Früchte trägt. So wurden seit in Kraft treten dieses Gesetzes vor etwas mehr als einem Jahr namhafte Beträge ausgeschüttet, die beweisen, dass dieses Förderungsgesetz seine Erwartungen erfüllt. Die weitreichende Wirkung dieses Gesetzes zeigt sich darin, dass es vom Hochschüler bis zum Realschüler alle in Ausbildung stehenden Jugendlichen erfasst und dass vor allem auch der gewerbliche Nachwuchs, also die Lehrlinge und die sich in der Industrie weiterbildenden Kräfte in dieses Gesetz eingeschlossen worden sind.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei ist für grosszügige Lösungen eingetreten und hat dafür gesorgt, dass die vom Staat gewährte Unterstützung einer tatkräftigen Hilfe gleichkommt. Dank der neuen Einrichtung leistet der Staat ein Vielfaches von dem, was er früher leistete. Dabei darf nicht übersehen werden, dass das Gesetz nicht nur den jungen strebsamen Menschen in seinem beruflichen Ziel unterstützt, sondern, dass es auch auf die soziale Stellung der Familie einen grossen positiven und entlastenden Einfluss ausübt.

Bis zur Inkraftsetzung dieses neuen Gesetzes am 1. Januar 1961 mussten die Väter unserer

Familien bedeutend tiefer in die Taschen greifen, wenn sie ihren Kindern eine höhere Ausbildung zukommen lassen wollten. Für manchen waren die Auslagen unerschwinglich und so musste leider da und dort manch Talentierter auf eine weitere Ausbildung verzichten. In diesen Fällen hat sich dieses neue Gesetz als notwendig und segensreich erwiesen. Nicht weniger vorteilhaft waren die Auswirkungen der getroffenen Massnahmen für unsere Wirtschaftszweige, die durch die Förderung des Nachwuchses auf vielmehr qualifizierte Kräfte bauen können, als dies bis anhin der Fall war. Wer heute einen Blick in unsere Industrie- und Gewerbebetriebe wirft, dem wird klar, welche grosse Bedeutung der beruflichen Ausbildung zukommt. Meist aber macht man sich viel zu wenig Gedanken darüber, was heute von den jungen Berufskräften an Wissen und Können verlangt wird. Mit der Schaffung der Arbeitsmöglichkeiten allein wäre es noch nicht getan. Es gilt die Jugendlichen auf die Vorteile einer guten Ausbildung aufmerksam zu machen. Diese Appelle an unseren Nachwuchs haben gute Erfolge gezeitigt. Viele Lehrlinge und Studierende opfern einen grossen Teil ihrer Freizeit für die weitere Ausbildung, um später die Bewährungsprobe bestehen zu können. Diesen Eifer zu fördern und dieses Wollen zu unterstützen muss weiter unsere Aufgabe sein. Nur dann wird es möglich sein, dass Liechtensteiner fähig sind, auch führende Posten in unserer Wirtschaft zu bekleiden. Die Fortschrittliche Bürgerpartei hatte daher in ihr neues Arbeitsprogramm den weiteren Ausbau des Abendtechnikums Vaduz und die allgemeine Verbesserung des Schul- und Ausbildungswesens aufgenommen. Im weiteren will sie für Steuervergünstigung an werktätig Studierende und Lehrlinge eintreten.

Bei all diesen Förderungsmassnahmen müssen wir uns vor Augen halten, dass die Jugend auch Möglichkeiten zu gesunder Ausspannung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung haben muss. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Fortschrittliche Bürgerpartei die Förderung aller Sportzweige und die Schaffung von Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung in

ihr Programm eingeschlossen. Hier möchten wir einen nach modernen Grundsätzen ausgerichteten Weg einschlagen und uns die guten Erfahrungen im Auslande zu Nutze machen. Weiter soll auch die staatspolitische Schulung unserer Jugend auf eine neue Basis gestellt werden. Dieser Aufgabe kommt grosse Bedeutung zu, denn es wäre falsch, unserer Jugend nur ein berufstechnisches Wissen und Können zu vermitteln, ohne ihr zugleich auch das Rüstzeug als Staatsbürger mit auf den Weg zu geben. Die kommenden Zeiten verlangen nicht nur einen berufstüchtigen, sondern auch einen staatspolitisch geschulten Menschen, der sich später als Bürger seiner Pflichten bewusst ist. Nur dann haben wir auch Gewähr, dass aus den Reihen unserer jungen Generation Persönlichkeiten herauswachsen, die im Staat, in der Gemeinde und im öffentlichen Leben ihren Mann stellen. Dabei müssen wir uns klar sein, dass die Zukunft von der jungen Generation noch mehr abfordern wird, als von jener, die jetzt die Verantwortung trägt.

Denken wir nur an die Auswirkungen, die mit Europäischen Wirtschaftsintegrationen verbunden sein werden. Mit der beruflichen Tüchtigkeit unserer Jugend, die sich gegen eine wirtschaftliche Konkurrenzierung wird behaupten müssen, wird es allein nicht getan sein. Von grösster Bedeutung wird auch sein, ob sie fähig sein wird, die Frage der Integrität unseres Landes, gegen die wirtschaftlichen Bindungen abzuwägen und die daraus resultierenden Entscheidungen zu treffen. Auf diese Probleme muss die junge Generation unseres Volkes heute schon vorbereitet werden, wenn sie nicht eines Tages von der Entwicklung überrannt werden soll.

Der staatspolitischen Schulung unserer Jugend muss angesichts dieser Tatsache weit mehr Bedeutung beigemessen werden als bisher.

Wahlversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei in Balzers

Heute abend um 20.15 Uhr, findet im neuen Gemeindesaal eine Wahlversammlung statt, zu der wir alle Parteifreunde herzlich einladen.

Landesparteileitung der Fortschrittlichen Bürgerpartei

Die Basis der heutigen Leistungen

Der 100 %ige Stipendiansatz beträgt im Rahmen der normalen Studiendauer jährlich für:

Studierende an Hochschulen und an Priesterseminaren	Fr. 1500.—
Studierende an Techniken	Fr. 1200.—
Studierende an Mittelschulen und Lehrerseminaren	Fr. 800.—

Das Lehrlingsstipendium beträgt im Jahr bis maximal 600 Franken.

Namhafte Beiträge an die Realschüler an Schulgeld, Verpflegung und Fahrtkosten.

Für das Jahr 1961 wurden nach Angaben der Stipendienkommission bereits über Fr. 100 000.—

an Förderungsbeiträgen zur Auszahlung gebracht und es wird mit Auszahlungen bis zu Fr. 150 000.— gerechnet.

Aus einer Rede von Regierungschef Frick: **»Wir müssen alles tun, um unserer Jugend den Weg in die Zukunft zu erleichtern! Kein Opfer darf uns zu gross sein, wenn es um ihre geistige und körperliche Gesundheit geht!«**